

Der nachfolgende Text ist jetzt in bearbeiteter Form  
enthalten im Buch

**„So viel Aufbruch war nie ...“**

**Neue Synagogen und jüdische Gemeinden im Ruhrgebiet  
Chancen für Integration und Dialog**

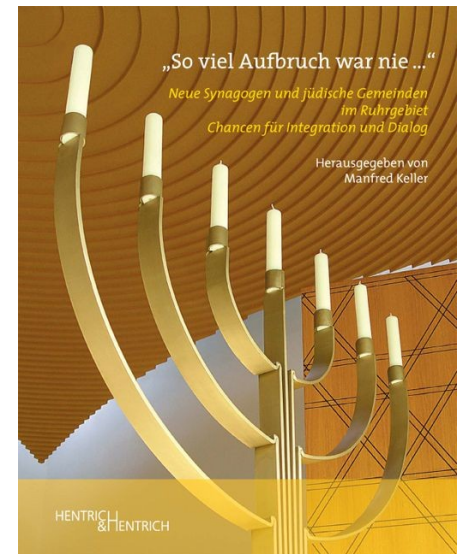
Herausgegeben von Manfred Keller.

[\[Inhalt und Impressum\]](#)

[ISBN 978-3-942271-21-9](#)

[Hentrich & Hentrich Verlag Berlin 160 Seiten, gebunden](#)

[1. Auflage 2011](#)



## **Rückkehr in die Mitte – Jüdisches Leben im Ruhrgebiet heute**

Vortrag Bochum 26. Oktober 2010

### **Vorbemerkung**

Jüdisches Leben im Ruhrgebiet – das ist ein Teil der Geschichte des Ruhrgebiets im Kontext der deutschen Geschichte. Die ersten Juden kamen mit den Römern nach Deutschland, richtiger gesagt: in das damalige Germanien. „Als die Juden in den Gesichtskreis unserer Vorfahren traten“ – so Professor Diethard Aschoff, der beste Kenner der jüdischen Gesichte Westfalens – „waren diese ein nach Stämmen unterteiltes, oberflächlich christianisiertes Barbarenvolk, ohne auch nur Ansätze von dem zu besitzen, was wir Bildungstradition nennen. Demgegenüber war im Judentum von jeher auf Unterricht, Studium und Gelehrsamkeit ein ganz außerordentlicher Wert gelegt worden. Wissenserwerb war kein Privileg und Monopol weniger, sondern die Aufgabe aller.“<sup>1</sup>

Über Jahrhunderte haben Juden mit ihren Familien und in ihren Gemeinden als Minderheit in den Städten und Dörfern an der Ruhr gelebt. In der wechselvollen jüdischen Geschichte des Ruhrgebiets – einer Geschichte, die noch nicht geschrieben ist – erfahren wir von Niederlassung und friedlicher Arbeit der Juden, vom zeitweilig harmonischem Zusammenleben mit der nichtjüdischen Mehrheit und vom mancherorts erheblichen Beitrag jüdischer Frauen und Männer zum wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben in der Kommune. Aber natürlich wissen wir auch von Diskriminierung und blutiger Verfolgung – und dies nicht erst im 20. Jahrhundert.

Deshalb tun wir gut daran, vor der Betrachtung der aktuellen Situation einen gründlichen und umfassenden Blick in die Geschichte der Juden in unserer Region zu werfen. Der erste Teil des Vortrags zeichnet den wechselvollen Weg der Juden in die Mitte der Gesellschaft nach und ihre Ausgrenzung und Vernichtung in der Shoah.

### **Erster Teil: Der Weg in die Mitte der Gesellschaft und die Shoah**

<sup>1</sup> Diethard Aschoff, Zur Geschichte der Juden in Deutschland, in: WDR Dortmund (Hg.), Die Juden in Dortmund, 1986, S. 33 f.

Urkundlich belegt ist, dass in Köln bereits im Jahr 321 eine jüdische Gemeinde bestand. Im Laufe der Jahrhunderte entstanden in den großen Städten am Rhein weitere jüdische Gemeinden, so z. B. in Mainz, in Speyer und in Worms. Noch heute können wir in Worms die mittelalterliche Synagoge besuchen, die einst ein Zentrum jüdischer Gelehrsamkeit und jüdischer Kultur war. Die Situation der Juden änderte sich grundlegend durch den 1. Kreuzzug im Jahr 1096. Im Gefolge der dadurch ausgelösten Pogrome begann vom Rheinland her die jüdische Besiedlung des Ruhrgebiets, **allerdings unter wenig erfreulichen Vorzeichen. Es ist überliefert, dass der Kölner Jude Mar Schemarja vor den Verfolgungen der Kreuzfahrer und des Pöbels mit seiner Frau und seinen drei Söhnen nach Dortmund floh. In der alten Hansestadt am Hellweg wurde die durchaus begüterte Familie zunächst freundlich aufgenommen, dann aber gedrängt, zum Christentum überzutreten. Als die fünf Juden die Taufe verweigerten, wurden sie auf grausame Weise umgebracht: Sie wurden lebendig begraben.**

**Diese schreckliche Geschichte war zunächst glücklicherweise eine Ausnahme. Ab 1200 sind Juden in Dortmund dauerhaft nachweisbar. Sie bekamen allerdings keine Bürgerrechte, sondern hatten den Status von kaiserlichen „Kammerknechten“. Das bedeutete, dass sie ihre Steuern an die königliche Kammer zu zahlen hatten, dafür aber den Schutz des Kaisers genossen. Später, als die kaiserliche Macht zerfiel, wurden die Juden zu Streitobjekten der nachdrängenden Mächte, u.z. sowohl der geistlichen und weltlichen Fürsten als auch der Städte. Im Falle der Dortmunder Juden beanspruchten konkurrierend die Erzbischöfe von Köln, die Grafen von der Mark und die Reichsstadt selbst die Herrschaft – und die Steuern.**

**Trotz der umstrittenen rechtlichen Lage ging es den Juden in Dortmund zu jener Zeit in großen und ganzen gut. Ihr Wohlstand basierte darauf, dass die meisten von ihnen Kaufleute waren und weit gespannte Handelsbeziehungen kreuz und quer durch Europa unterhielten. Von besonderer Bedeutung war dabei, dass die Juden Geld auf Zinsbasis verleihen durften, was den Christen damals verboten war. Verwehrt war den Juden auch der Erwerb von Grundbesitz und das Erlernen und Ausüben eines Handwerks. Letzteres wurde von den Zünften geregelt, die sich als „christlich“ verstanden, weshalb natürlich nur ein Christ ein „zünftiger“ Handwerker werden konnte. So blieben die Juden letztlich auf den Handel und damit verbunden auf den Geldverleih angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.**

**Den schärfsten Einschnitt in der Geschichte der Juden in Europa bildeten die Jahre 1348 bis 1351. Von Italien aus hatte sich die Pest ausgebreitet, u.z. entlang den Handelsrouten von Süden nach Norden. Es war die schwerste aller Seuchen des Mittelalters, der in deutschen Städten ein Viertel, teilweise sogar ein Drittel der Bevölkerung zum Opfer fiel. Als Schuldige wurden die Juden ausgemacht, die angeblich die Brunnen vergiftet hatten. Es folgte um 1350 ein Judenpogrom, wie es die Welt noch nicht gesehen hatte, die schwerste und umfassendste Verfolgung vor dem nationalsozialistischen Pogrom. Die schriftliche Überlieferung über die Ermordung der Juden oder – im günstigeren Fall – ihre Vertreibung aus den Städten Westfalens ist auf Seiten der Täter verständlicherweise sehr fragmentarisch. Immerhin aber findet sich in der Bischofschronik des Mindener Domherrn Heinrich Tibbe aus**

der Zeit um 1460 die Bemerkung, dass zur Zeit der Pest die Juden „in Minden und anderen Orten wie das Vieh abgeschlachtet wurden“. Unter den jüdischen Geschichtsquellen sind es die sogenannten „Memorbücher“, die festgehalten haben, in welchen Orten wie viele Opfer im Zuge mittelalterlicher Pogrome zu beklagen sind.

Nach dem Pogrom von 1350 gab es in den Städten keine jüdischen Gemeinden mehr. Sofern Juden überlebt hatten, wanderten sie entweder gleich nach Osteuropa ab, oder sie ließen sich auf dem Land in kleinen Ortschaften nieder. Auch dort bekamen sie meist nur eine befristete, noch dazu teuer bezahlte Aufenthaltserlaubnis, die sogenannten „Geleite“ (= Schutzbriefe). Gedrängt von den Zünften, engten die meisten Landesherren die Erwerbs- und Handelsmöglichkeiten der Juden immer weiter ein. Ein Teil von ihnen sank durch diese Berufsverbote zu Gaunern und Räubern ab, was nicht zuletzt an jüdischen Ausdrücken in der Gaunersprache ablesbar ist. Die große Mehrzahl aber ernährte sich schlecht und recht als Viehhändler und Hausierer. Aus diesen Anfängen entsteht zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert das Landjudentum in Westfalen und im Rheinland, das dann im 19. Jahrhundert zur Zeit der Industrialisierung ins Ruhrgebiet einwandert.

Über viele Generationen hinweg haben jüdische Familien als Minderheit auf dem Lande gelebt. In Westfalen und Lippe erinnern heute noch mehr als 250 jüdische Friedhöfe an früheres jüdisches Leben. Die meisten dieser Friedhöfe sind heute geschlossen, bleiben aber wegen des „ewigen Ruherechtes“ der dort Bestatteten erhalten. **Auf die Frage, welches die wichtigsten Orte sind, an denen jüdische Identität haftet, lautet die traditionelle Antwort: „Das äußere Leben einer jüdischen Gemeinde wird umgrenzt und bestimmt durch drei Begriffe: Schule, Bet-haus und Friedhof.“<sup>2</sup> Für eine jüdische Gemeinde war es oft schwer, die Grundstücke für den Friedhof, für die Schule und das Bethaus zu bekommen. Oft fanden Unterricht und Gottesdienst zunächst in Privatwohnungen statt. Erst wenn es gelungen war, einen Begräbnisplatz zu erwerben und einen Betraum einzurichten, der in vielen Fällen zugleich als Schulraum genutzt wurde, waren die Voraussetzungen für das religiöse Gemeindeleben geschaffen.**

**Die Synagoge bildete den religiösen Mittelpunkt einer jüdischen Gemeinde und zugleich Symbol jüdischen Lebens an einem Ort. Deshalb waren die Synagogen seit jeher bevorzugte Objekte der Zerstörung bei den Pogromen. Nach 1350 wurde oft auf dem Grundstück und mit den Steinen der zerstörten Synagoge eine Kirche errichtet. Im Jahr 1938 war das Niederbrennen der Synagogen in der Pogromnacht vom 9./10. November das Signal für die Shoah, die Zerstörung der jüdischen Gemeinden in Deutschland und den Völkermord an den europäischen Juden.**

Vor 1938 gab es allein in Westfalen und Lippe über 300 Betstuben und Synagogen. Oft waren es kleine, unscheinbare Gebäude, die man von außen kaum als Gotteshäuser erkennen konnte. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts durften sie auch nicht unmittelbar an der Straße oder in der Nähe einer Kirche errichtet werden. Diese Einschränkung beim Bau einer Synagoge erinnert uns an die rechtliche Benachteiligung und gesellschaftliche Marginalisierung

<sup>2</sup> Geschichte der Synagogen-Gemeinde Gelsenkirchen und ihrer Vereine. Festschrift anlässlich des 50jährigen Bestehens der Synagogen-Gemeinde Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1924, S. 5

der Juden. „Seit dem Hochmittelalter“ – so der Historiker Arno Herzig – „waren Juden aus der europäischen Gesellschaft herausgedrängt worden. Ihre Position in den frühneuzeitlichen Staaten wurde bestimmt durch die Institution der Schutzjudenschaft, die nicht anderes bedeutete als die Ausgrenzung aus dem allgemeinen Kultur- und Gewerbeleben der Gesellschaft.“<sup>3</sup>

Die Problematik der mangelnden rechtlichen und politischen Gleichstellung wurde erst im Zeitalter der Aufklärung diskutiert. Es war ein Westfale, der preußische Kriegs- und Domänenrat Christian Wilhelm von Dohm aus Detmold, der in seiner Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ bereits im Jahr 1781 für die Juden den Zugang zu allen Berufen forderte, auch zum Handwerk und zur Landwirtschaft. Aber die theoretische Forderung ist das eine, die praktische politische Umsetzung das andere.

Den Durchbruch im Blick auf gleiche Rechte und Freiheiten der Juden brachte die Französische Revolution von 1789. In Preußen dauerte es danach noch mehr als zwei Jahrzehnte, bis Hardenberg im Jahre 1812 die Dohm`schen Vorschläge in Gesetzesform brachte. In einem sehr zögerlichen Prozess wurden die Juden in den preußischen Territorien zunächst nur als Wirtschaftsbürger anerkannt, als politische Bürger jedoch weiterhin in ihren Rechten beschnitten. So war beispielsweise der Zuzug von einer preußischen Provinz in eine andere – z. B. aus dem Rheinland nach Westfalen – nicht ohne weiteres gestattet, und Zuzug aus dem Ausland – und das konnte etwa Bayern sein – schon gar nicht. Erst über die Revolution von 1848 und die Reichsgründung von 1871 kam es schließlich zur vollständigen Emanzipation der Juden. Mit der Einräumung gleicher staatsbürgerlicher Rechte, vor allem dem aktiven und passiven Wahlrecht, war es den Juden erstmals möglich, sich im öffentlichen Leben zu engagieren, und viele von ihnen haben es getan. So begegnen uns im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erstmals jüdische Stadtverordnete in den kommunalen Parlamenten. In dieser Epoche entwickelten sich ein deutsches Judentum und eine deutsch-jüdische Kultur.

Auf diesem Hintergrund betrachten wir nun exemplarisch die Geschichte von jeweils einer jüdischen Gemeinde im rheinischen und im westfälischen Teil des Ruhrgebiets. Ausgewählt habe ich Duisburg (mit Mülheim und Oberhausen) im Westen sowie im Osten Bochum (mit Hattingen, Herne und Recklinghausen).

Während des gesamten 19. Jahrhunderts wuchs die jüdische Bevölkerung des Ruhrgebiets stetig an. Im Gefolge der Industrialisierung kamen die Menschen aus ländlichen Gebieten von der Pfalz bis zum Niederrhein und vom Münsterland bis Hessen. Einen sehr starken Zuwachs erhielt der jüdische Bevölkerungsteil dann noch einmal durch die Zuwanderung von Juden aus Osteuropa gegen Ende des 19. Jahrhunderts sowie während und nach dem Ersten Weltkrieg. Hier die Zahlen für Bochum und Duisburg:

Tab. 1 aus Pracht, Bd. 5, S. 46 (Bochum)

<sup>3</sup> Arno Herzig, Von der Aufklärung zur Emanzipation. Die jüdische Minderheit in Westfalen im 19. Jahrhundert. In: Kirsten Menneken / Andrea Zupancic (Hg.); Jüdisches Leben in Westfalen, Essen 1998, S. 75

Tab. 3 aus Pracht, Bd. 2, S. 73 (Duisburg)

Wie gestaltete sich angesichts dieser Entwicklungen das Gemeindeleben der Juden in Duisburg und Bochum? Eine anschauliche Antwort auf diese Frage geben die Synagogenbauten in beiden Städten. Schauen wir zunächst nach Duisburg.

### **Duisburg**

Die Gemeinde verfügte über eine kleine, baufällige Synagoge, die aus dem Umbau des ehemaligen Anatomiegebäudes der 1818 aufgehobenen Universität Duisburg entstanden war. Weil dieses Gebäude zu klein und – wie schon gesagt – obendrein baufällig war, errichtete die Gemeinde im Jahr 1875 eine neue Synagoge am Kuhlenwall / Ecke Junkernstraße.

Den Entwurf hatte Stadtbaumeister Landmann gefertigt. Das stattliche Gebäude – ein Ziegelbau auf quadratischem Grundriss mit einer weithin sichtbaren zentralen Kuppel – hatte zwei Geschosse. Das Erdgeschoss war den Männern vorbehalten, die Emporen im Norden, Westen und Süden den Frauen. Im Osten war der Bau durch eine halbrunde Apsis erweitert, die Platz für den Thoraschrein bot und die davor stehende Bima, das große Lesepult, auf dem die Thora ausgerollt wurde.

Dass die jüdische Minderheit zu jener Zeit in der Duisburger Öffentlichkeit durchaus schon beachtet und geachtet wurde, belegt ein Artikel in der „Rhein- und Ruhrzeitung“ vom 1. März 1875. Der Verfasser lobt „die kleine Zahl aus dem Stamme Juda, die innerhalb Duisburgs Mauern ihren Wohnsitz gefunden und der wir vor allem Anerkenntnis entgegenbringen müssen, dass sie sich fast ohne Ausnahme als gute Stadt- und Staatsbürger bewährt.“ Der Schreiber fährt dann fort: Sie – die Juden der Stadt Duisburg – haben „mit unverdrossener Mühe und großen Opfern das Werk vollendet, das heute unserer Stadt zur Zierde gereicht. ... Begrüßen wir daher den Tag, an dem dieser Tempel geweiht, nicht allein als Freudentag der jüdischen Gemeinde, sondern als einen Freudentag für ganz Duisburg.“<sup>4</sup> In seiner Predigt zur Einweihung der Synagoge formulierte Oberrabbiner Jakob Horowitz aus Krefeld den Wunsch, dass „das Haus, welches heute eingeweiht wird, nicht ein Tempel einer einzelnen Confession sei, sondern dass jeder Fromme und Redliche, welchen Glaubensbekenntnisses er auch sei, hier wie auch schon im Tempel Salomonis eintreten kann, um zu seinem Gott zu beten.“<sup>5</sup> Deutlich drückt sich in den Worten des Rabbiners das Ideal der „deutsch-jüdischen Kultur“ aus, dem die Juden in Deutschland vom Kaierreich bis in die Zeit des Nationalsozialismus mehrheitlich zugetan waren. Man verstand sich als „deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ und betrachtete das Judentum als eine „Konfession“ neben den beiden christlichen Konfessionen. Die Tragik dieses Ideals lag darin, dass bis zum Zweiten Weltkrieg die Annäherung – wir könnten auch sagen: die Akkulturation und Assimilation – stets die Angleichung des Judentums an die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft war und nicht eine beiderseitige Annäherung.

<sup>4</sup> Zitiert nach Günter von Roden, Die Geschichte der Duisburger Juden, Bd. 1 und 2, Duisburg 1986, S. 142 f.

<sup>5</sup> Ebd. S. 143

## Bochum

Auch für Bochum lässt sich zeigen, dass die jüdische Minderheit sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die städtische Gesellschaft integrierte und bis zu einem gewissen Grad auch Teil der Stadt wurde. Der erste Schritt war auch hier wieder der Bau einer neuen Synagoge.

Bedingt durch das starke Wachstum der jüdischen Gemeinde (Folie mit Zahlen noch einmal auflegen) war auch in Bochum die kleine Synagoge, die um 1750 im Hinterhof eines Hauses an der Schützenbahn errichtet worden war, längst zu klein geworden. Die Pläne für die neue Synagoge an der Wilhelmstraße entwarf – ähnlich wie in Duisburg – der Kreisbaumeister Theodor Haarmann. Er orientierte sich am Vorbild der Dresdner Synagoge, die kein Geringerer als der große Architekt Gottfried Semper entworfen hatte. Vergleicht man Darstellungen der Bochumer Synagoge von 1863 mit Abbildungen der Semper-Synagoge von 1840, so lassen sich hohe Übereinstimmungen feststellen. In beiden Fällen handelt es sich um Zentralbauten mit einem mächtigen achteckigen Mittelurm, dazu Fenster und Portale mit romanischen Rundbögen. Es ist bekannt, dass Gottfried Semper den romanischen Baustil, den man damals auch den „deutschen Stil“ nannte, bewusst als Ausdruck einer Integration der Juden in die Mehrheitsgesellschaft gewählt hatte.

Diese Integration machte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts deutliche Fortschritte. Jüdische Bürger haben das öffentliche Leben Bochums in beachtlicher Weise mitgestaltet. Es gab jüdische Bergleute und Stahlkocher, die im Arbeiterviertel rund um den Moltkemarkt lebten. Es gab jüdische Kaufleute, Ärzte, und Rechtsanwälte, die ihre Häuser am Stadtpark hatten. Jüdische Unternehmer gründeten in Bochum zahlreiche Fabriken. Darunter befanden sich eine Elektrizitätsgesellschaft, eine Fabrik für „Haustelegraphen und Fernsprechanlagen“, eine andere für Waschmaschinen und Tafelherde und eine weitere für Arbeitskleidung. Das erste Bochumer Kino war eine jüdische Gründung und ebenso die erste Werbeagentur. Jüdische Bürger wurden Mitglieder und Vorsitzende vieler Bochumer Vereine. Sie engagierten sich in der jüdischen Gemeinde mit ihrem beachtlichen kulturellen und sozialen Leben und etliche auch in der Kommune. Eine der ersten weiblichen Stadtverordneten in Bochum war Ottilie Schönewald, die später Vorsitzende des emanzipatorisch ausgerichteten „Jüdischen Frauenbundes“ auf Reichsebene wurde – mit Büros in Bochum und in Berlin.

Zusammen mit der Synagoge hatte die jüdische Gemeinde Bochum im Jahr 1863 an der Wilhelmstraße eine neue Schule gebaut. Dieses Gebäude erwies sich schon bald als zu klein. Im Jahre 1887 wurde das Schulhaus aufgestockt und um einen Anbau im Hof erweitert. Damit schuf sich die Gemeinde einen Rahmen, der im Laufe der nächsten Jahrzehnte je nach Bedarf variabel genutzt werden konnte und auch unterschiedliche Einrichtungen beherbergen sollte. So befanden sich in dem Gebäudekomplex ein Kinderhort und die Gemeindebibliothek, außerdem die „Wanderfürsorgestelle“, die im Jahr 1920 für jüdische Arbeiter aus Osteuropa gegründet worden war, und die Gemeindeverwaltung. Schließlich gab es hier seit den zwanziger Jahren auch einen eigenen Betraum für die orthodoxen „Ostju-

den“, die – u. a. wegen der Orgel und der liberalen Gottesdienstgestaltung – nicht in die Synagoge gingen.

Trotz Emanzipation und Integration entwickelte sich am Ende des 19. Jahrhunderts ein vielschichtiger Antisemitismus, der in Bochum zunächst auf Widerstand stieß, im Lauf der Zeit aber immer stärker wurde, bis er im sog. Dritten Reich zur Staatsdoktrin erhoben wurde. Welche Verunsicherung die antisemitische Stimmung bei der jüdischen Gemeinde auslöste, lässt sich an den Umbauten der Bochumer Synagoge ablesen.

Denn auch die 1863 erbaute Synagoge musste 1895 erheblich vergrößert werden. Dabei wurde nicht nur die Anzahl der Plätze von 250 auf 500 verdoppelt, sondern zugleich das Erscheinungsbild der Synagoge durch üppige Verwendung von maurischen Stilelementen innen und außen völlig verändert. Der maurische Schmuck sollte an die Zeit eines friedlichen Zusammenlebens der Religionen im mittelalterlichen Spanien erinnern. Er wurde aber von einem nationalistisch und zunehmend „völkisch“ aufgeladenen Antisemitismus als „exotisch“, als „orientalisch“, als „artfremd“ – mit einem Wort: als „jüdisch“ – diffamiert. Der Druck auf die Bochumer Synagogengemeinde war schließlich so stark, dass man sich im Jahr 1925 entschloss, den gesamten äußeren Zierrat im maurischen Stil zu entfernen. Der antisemitischen Propaganda entging man damit natürlich nicht, im Gegenteil, man lieferte ihr neue Nahrung.

Wir beschließen die Rückblende mit einem Blick auf die antijüdische Politik des NS-Staates bis zur Auslöschung der Jüdischen Gemeinden. – Am 30. Januar 1933 waren die Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht gekommen. In den folgenden Wochen ging die SA überall in Deutschland mit brutalem Terror gegen ihre politischen Gegner vor. Am 1. April 1933 wurde reichsweit ein Boykott gegen jüdische Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien durchgeführt. Die zentral gesteuerte Aktion war das Signal, das die antijüdischen Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet auslöste.

Allgemein lässt sich feststellen, dass die Diskriminierung und Verfolgung der Juden nach 1933 in Schüben vor sich ging, und auch die Entrechtung erfolgte in Etappen. **Die wirtschaftlichen Erfolge der ersten beiden Jahre erlaubten es dem Regime, die Schraube der antijüdischen Maßnahmen weiter anzuziehen, ohne Proteste aus der Bevölkerung befürchten zu müssen. So beschloss der Reichstag im September 1935 nach Abschluss des Parteitags in Nürnberg zwei seit langem vorbereitete Gesetze: das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Das „Reichsbürgergesetz“ unterschied zwischen dem „Staatsangehörigen“ und dem „Reichsbürger“. Während der „Staatsangehörige“ allen gesetzlichen Pflichten unterworfen war, blieben die Rechte dem „Reichsbürger“ vorbehalten, der „Arier“ sein musste. Damit wurden die Juden aus der Gemeinschaft der „Volksgenossen“ juristisch ausgeschlossen und zu Menschen zweiter Klasse gemacht. Die „Nürnberger Gesetze“ waren der Einstieg in die Vernichtung der Juden. Sie lieferten später die Grundlage dafür, wer deportiert und umgebracht wurde.**

Die entscheidenden Etappen sind die „Nürnberger Gesetze“ von 1935 und die Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, als überall in Deutschland die Synagogen in Brand gesetzt wurden. In München hatte sich an diesem Abend die NS-Führung versammelt zur Erinnerung an Hitlers Putschversuch im Jahr 1923, den „Marsch auf die Feldherrnhalle“. Überall im Reich fanden derartige Gedenkveranstaltungen statt. In Bochum war die Parteiprominenz im „Schützenhof“ zusammengekommen, der genau da lag, wo heute die neue Bochumer Synagoge steht. Vom „Schützenhof“ aus bekamen die Bochumer SA-Einheiten den Befehl, die Synagoge in der Innenstadt in Brand zu setzen und jüdische Geschäfte und Wohnungen zu verwüsten. Wer hätte sich vorstellen können, dass 68 Jahre nach dieser Untat ein jüdisches Gotteshaus auf diesem Platz eingeweiht würde?

Die Ungeheuerlichkeit dessen, was am 9. November 1938 geschehen ist, darf nicht vergessen werden. Auch die Duisburger Synagoge an der Junkernstraße war in dieser Nacht in Brand gesteckt worden. Da die Vernichtung nicht gelang, musste die Jüdische Gemeinde das Gebäude in den folgenden Wochen und Monaten auf eigene Kosten abreißen lassen.

**Fazit:** Die Juden in Deutschland, die seit 1933 durch eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen diskriminiert und entrechtet worden waren, mussten spätestens jetzt erkennen, dass es für sie in diesem Land kein sicheres, geschweige denn ein menschenwürdiges Leben geben könnte. Nach der offenen Gewalt in der Pogromnacht und den anschließenden Massenverhaftungen setzte eine Fluchtwelle ein, die im Jahr 1939 ihren Höhepunkt erreichte. Die zurückgebliebenen Juden wurden zunächst in „Ghettohäusern“ oder „Judenhäusern“ zusammengepfercht Ende 1941 begannen die Deportationen in die Vernichtungslager. Dort fanden fast alle, denen die Flucht bis zum 1. September 1939 nicht gelungen war, einen schrecklichen Tod.

## **Zweiter Teil: Jüdische Gemeinden im Ruhrgebiet nach 1945 und ihre „Rückkehr in die Mitte“ durch aktuelle Entwicklungen seit 1990**

Glücklicherweise ist es den Nationalsozialisten nicht gelungen, jüdisches Leben in unserer Region für immer auszulöschen. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen wagten es einzelne Juden aus unseren Städten, in ihre Heimat zurückzukehren und neu anzufangen. Es waren Überlebende aus den Konzentrationslagern, soweit sie die Todesmärsche überstanden hatten oder unmittelbar befreit worden waren. Dazu kamen diejenigen, die – ein zynisches Wort – eine „privilegierte Mischehe“ geführt und das Glück gehabt hatten, dass sich der nichtjüdische Partner nicht hatte scheiden lassen. Außerdem war da eine geringe Anzahl jüdischer Menschen, die im Versteck überlebt hatten, dank des Mutes von Menschen, die dafür das eigene Leben riskierten. Man schätzt die Zahl der überlebenden deutschen Juden auf etwa 15.000. Sie alle waren gezeichnet – körperlich und seelisch. Sie waren völlig mittellos und durch die Lagerzeit gesundheitlich schwer geschädigt. Viele von ihnen mussten sich jahrelang um Entschädigung und um Anerkennung ihrer Versorgungsansprüche bemühen – ein wenig ruhmreiches Kapitel unserer Nachkriegsbürokratie. In Bochum unternah-

men Siegbert Vollmann, Alfred Salomon und Karl-Heinz Menzel die notwendigen Schritte zur Gründung der „Jüdischen Religionsgemeinde Bochum“ im Dezember 1945. Die drei Männer hatten die Shoah auf unterschiedliche Weise überlebt: Vollmann war mit einer Christin verheiratet, die sich allen, mit massivem Druck ausgeübten Versuchen, in eine Scheidung einzuwilligen, beharrlich widersetzt hatte. Für Siegbert Vollmann wäre die Scheidung das Todesurteil gewesen. So aber hatte er überlebt, gesundheitlich völlig ruiniert, weil er seit 1941 volle vier Jahre im Straßenbau und im Gleisbau als Zwangsarbeiter eingesetzt war. Alfred Salomon hatte Auschwitz und den Todesmarsch überlebt. Seine Frau war bei der Ankunft in Auschwitz-Birkenau von ihm getrennt und in die Gaskammer geschickt worden. Er selbst, obwohl gelernter Metzger, hatte sich gemeldet, als für das Lager Auschwitz-Monowitz Elektriker gesucht wurden. Karl-Heinz Menzel, der dritte unter den Gemeindegründern, war 1939 nach Holland entkommen, hielt sich dort versteckt und wagte es, bereits im Herbst 1944 in das fast völlig zerstörte Bochum zurückzukehren, wo ihn im Arbeiterviertel Stahlhausen niemand verriet.

Zur Gründung neuer Gemeinden fanden sich diese Heimkehrer zusammen mit jüdischen Menschen aus Osteuropa, sog. „displaced persons“, die entweder ebenfalls aus Lagern befreit worden waren oder in der Illegalität überlebt hatten und nun dem in Osteuropa wieder aufflackernden Antisemitismus entgehen wollten. Diese osteuropäischen Zuwanderer der späten 40er Jahre prägten nun das religiöse Profil der jüdischen Nachkriegsgemeinden in Deutschland. Sie sorgten dafür, dass die Gottesdienste nach orthodoxem Ritus gestaltet wurden, während die meisten jüdischen Gemeinden in Deutschland vor der Shoah liberal oder konservativ-liberal geprägt waren. Das gilt besonders für die Gemeinden im industriell bestimmten Ruhrgebiet. Der orthodoxe Charakter der neuen Gemeinden nach 1945 wurde noch dadurch gestärkt, dass sich jüdische Menschen für ihr Verbleiben in Deutschland vor den Juden in aller Welt rechtfertigen mussten.

In Israel und in den USA verlangten jüdische Organisationen, dass künftig kein Jude mehr deutschen Boden betreten und erst recht nicht dauerhaft im Land der Mörder leben dürfe. Die Juden in Deutschland rechtfertigten sich auf der einen Seite durch observantes Verhalten in religiösen Dingen, auf der anderen Seite dadurch, dass man sagte: „Wir sitzen auf gepackten Koffern.“ Wir wollen ja gar nicht unbedingt bleiben, sondern möglicherweise auswandern – eben in die USA oder noch besser nach Israel. Viele von den „displaced persons“ wanderten auch tatsächlich aus. Dadurch und durch zahlreiche Todesfälle verloren die zahlenmäßig kleinen jüdischen Nachkriegsgemeinden schon wenige Jahre nach ihrer Gründung so viele Mitglieder, dass sie sich mit Nachbargemeinden zusammenschließen mussten, um Gottesdienste zu halten und das Gemeindeleben weiterführen zu können. Auf diese Weise entstanden – um nur zwei Beispiele zu nennen - im rheinischen Ruhrgebiet die Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen (Zusammenschluss 1955) und im westfälischen die Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen (Zusammenschluss 1953).

### **Bochum-Herne-Recklinghausen**

Der Neuanfang des Gemeindelebens erfolgte überall unter schwierigen Bedingungen. Die früheren jüdischen Gemeinden waren durch den Nationalsozialismus ausgelöscht worden, ihre Gebäude zerstört, ihr Vermögen vernichtet. Im Jahr 1946 hatte die Gemeinde Bochum 53 Mitglieder. Sie kamen zunächst in Privatwohnungen zusammen, bis ihnen die Stadt Bochum im September 1947 im Amtshaus an der Brückstraße einen Betraum zur Verfügung stellte. Durch Auswanderung und Tod nahm die Gemeinde rasch ab, so dass im Jahre 1953 einen Zusammenschluss mit Herne und Recklinghausen erfolgte. Dort in Recklinghausen hatte der Kaufmann Ludwig de Vries im Herbst 1945 die jüdischen Heimkehrer um sich geschart. In seiner Privatwohnung fanden die ersten Gottesdienste statt. Im Oktober 1945 verzeichnete die Gemeinde 16 Mitglieder. Ähnlich gestalteten sich die Anfänge in Herne. Hier wurde das Haus von Edgar Wahl zur Anlaufstelle für die jüdischen Überlebenden. Meine Damen und Herren, was diese hier einmal namentlich genannten Gemeindevorsitzenden unter denkbar schwierigen Umständen geleistet haben, kann man nicht hoch genug einschätzen. Zum einen sorgten sie für eine bescheidene Infrastruktur, um das jüdische Leben vor Ort wieder aufzubauen. Zum andern führten sie eine umfangreiche Korrespondenz mit früheren Gemeindemitgliedern, denen rechtzeitig die Flucht gelungen war. Denn diese baten um Auskunft über das ungewisse Schicksal ihrer Angehörigen und später auch um Hilfe bei der sog. „Wiedergutmachung“.

### **Duisburg-Mülheim-Oberhausen**

Auch im Rheinland waren die jüdischen Gemeindegründungen nach dem Zweiten Weltkrieg kleine Gemeinschaften, in denen jeder jeden kannte. In Duisburg war die Zahl der Juden so gering, dass sich dort zunächst keine eigenständige jüdische Gemeinde gründete. Die Anfänge lagen vielmehr in Mülheim. Es gab eine Jüdische Gemeinde Mülheim-Duisburg, der sich im Jahre 1968 die Jüdische Kultusgemeinde Oberhausen anschloss. Auch hier kam man in Privatwohnungen zusammen, bis im Jahr 1960 im Hause Kampstraße 7 in Mülheim ein jüdisches Gemeindehaus eingerichtet wurde. Im Erdgeschoss befand sich die Synagoge mit 70 Plätzen, dazu ein weiterer Versammlungsraum, im Obergeschoss die Verwaltungsräume für Vorstand und die Mitarbeitenden. Über die Atmosphäre dieses Hauses und über das Leben dort schreibt ein Gemeindemitglied: „Geradezu familiär ging es in der Mülheimer Synagoge zu, die den Charme eines Einfamilienhauses nie ganz ablegen konnte. Für besondere Feste reichte der Synagogen-Vorraum nicht. An den Feiertagen, zu Gemeindebällen oder zum Sederabend, mussten Anleihen bei den umliegenden Kirchengemeinden gemacht sowie ein Saal gemietet werden. - Die Gemeindestruktur war übersichtlich - und das Vereinsleben auch. Es bestand ein Frauenverein, später kam ein Seniorenverein hinzu. 1987 wurde ein Jugendclub für Jugendliche ab dem 10. Lebensjahr gegründet. Die wenigen Jugendlichen orientierten sich jedoch lieber zur großen Nachbargemeinde nach Düsseldorf.“<sup>6</sup> Dieser Bericht ist sehr aufschlussreich, insbesondere die abschließende Bemerkung zur Situation der Jugend. Deutlich drückt sich darin das Bewusstsein aus, dass die Jugendarbeit attraktiv und innovativ sein muss, weil sonst die Gemeinde vom Aussterben bedroht ist. In Zahlen ausgedrückt liest sich das so: Am 31. Dezember 1988 gehörten zu der völlig überalterten Jüdischen Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen nur noch 117 Mitglieder. In

<sup>6</sup> Ludger Heid, 10 Jahre Jüdisches Gemeindezentrum Duisburg – ein persönlicher Rück- und Ausblick (homepage der JG Duisburg)

den Jahrzehnten zwischen 1960 und 1990 überschritt die Anzahl der Sterbefälle regelmäßig die Anzahl der Geburten. Es war also abzusehen, wann die jüdischen Gemeinden in Deutschland aufhören würden zu existieren.

Heute aber hat das jüdische Leben in Deutschland wieder eine Zukunft. Paul Spiegel, der frühere Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, nannte diese Entwicklung ein „Wunder“. In einem Beitrag aus dem Jahr 1998 schrieb er: „Wenn mir 1945 jemand gesagt hätte, das 50 Jahre nach der Shoah wieder 80.000 Juden in Deutschland leben würden, ich hätte es nicht geglaubt. Doch heute hat Deutschland tatsächlich – nach England und Frankreich – die drittgrößte jüdische Gemeinschaft Westeuropas. Und das ist für mich eines der Wunder dieses Jahrhunderts.“<sup>7</sup> Wie kam es zu diesem „Wunder“?

Nun, den Einschnitt bildet die Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1990. Zwischen 1991 und 2009 sind rund 220.000 jüdische Einwanderer in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Es waren vor allem Juden aus Russland, Weißrussland, der Ukraine und dem Baltikum, die den Weg nach Deutschland gingen. Ermöglicht wurde ihre Einwanderung durch einen Beschluss der einzigen frei gewählten Volkskammer der DDR, die im Sommer 1990 Juden aus der Sowjetunion eine privilegierte Aufnahme ermöglichte. In den Einigungsverhandlungen zwischen den beiden deutschen Nachkriegsstaaten wurde diese gesetzliche Regelung übernommen.

Die „neue“ Bundesrepublik erklärte sich bereit, sowjetische Juden als „Kontingentflüchtlinge“ aufzunehmen und ihnen auf Antrag die deutsche Staatsbürgerschaft zu verleihen. Als bevölkerungsreichstes Bundesland erhielt NRW das größte Kontingent an jüdischen Einwanderern (22,4 %). Von den 220.000 jüdischen Menschen sind also fast 50.000 nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Von der Landesaufnahmestelle Unna-Massen aus wurden sie auf eigenen Wunsch vor allem in die großen Städte des Ruhrgebiets eingewiesen. Hier existierten schon jüdische Gemeinden, und hier erhofften sich die Immigranten Wohnung und Arbeit. So sind in den letzten 18 Jahren insbesondere die Jüdischen Gemeinden des Ruhrgebiets erheblich gewachsen. Was vor nicht allzu langer Zeit noch undenkbar schien, hat begonnen: Eine neue jüdische Bevölkerung und eine neue jüdische Kultur etabliert sich im Revier. Das Ruhrgebiet ist die Region in der Bundesrepublik, in der es die meisten jüdischen Gemeinden gibt. Es sind – in der Reihenfolge von West nach Ost – die Jüdischen Gemeinden Duisburg-Mülheim-Oberhausen, die Jüdische Gemeinde Essen, die Gemeinde Gelsenkirchen, die Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, die Jüdische Vest Recklinghausen sowie die Gemeinden in Dortmund und Hagen. Diese sieben Gemeinden sind Körperschaften des Öffentlichen Rechts. Sie gehören den Landesverbänden Nordrhein bzw. Westfalen-Lippe des Zentralrats der Juden in Deutschland an und erhalten auf diesem Wege die staatliche Förderung. Daneben gibt es im Ruhrgebiet zwei liberale jüdische Gemeinden, u.z. in Oberhausen und in Unna, sowie die Liberale Jüdische Vereinigung Etz Ami, die einmal pro Monat zum Gottesdienst mit Egalitärem Minjan in die kleine Landsynagoge von Selm-Bork einlädt.

<sup>7</sup> Paul Spiegel, in: Zeitzeugen. Begegnungen mit jüdischem Leben in Nordrhein-Westfalen, 1998, S. 14

Unter den jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen hatten die Ruhrgebietsgemeinden einen besonders hohen Zuzug an Kontingentflüchtlingen zu verzeichnen. Schauen wir uns das Wachstum der Gemeinden anhand der Vergleichszahlen von 1989 und 2009 an:

Tabelle Nordrhein (ZWSt. S. 39)

Tabelle Westfalen (ZWSt. S. 68)

Unter den jüdischen Gemeinden des Reviers hatte die Gemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen einen besonders hohen Zuzug an Kontingentflüchtlingen zu verzeichnen. In den 90er Jahren waren es jährlich etwa 100; inzwischen hat die Zahl abgenommen und liegt bei 20 Neuankömmlingen pro Jahr. So kam es, dass die jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen, die mehr als vierzig Jahre bestanden hatte, zum 1. Januar 1999 geteilt wurde. Recklinghausen wurde selbstständige Gemeinde für das gesamte Vest Recklinghausen mit den Städten Marl, Dorsten, Haltern und Datteln. Das Gebiet der Bochumer Gemeinde umfasste fortan auch Hattingen und Herne. Recklinghausen wuchs statistisch von 0 auf 600, während die neu zugeschnittene Gemeinde Bochum auf rund 1.200 Mitglieder anwuchs, von denen etwa 900 in Bochum, 200 in Herne und 100 in Hattingen leben. Zahlenmäßig analoge Entwicklungen vollzogen sich in Duisburg und Essen, in Gelsenkirchen und Dortmund.

Mit dem rasanten Wachstum stellte sich überall die Frage nach geeigneten Versammlungsorten. Jüdische Gemeinden entfalten heute – ähnlich wie unsere Kirchen- und Pfarrgemeinden – neben den Gottesdiensten ein reges soziales und kulturelles Leben. Deshalb benötigen sie ein Gemeindezentrum, das nicht nur einen Sakralraum enthält, sondern auch Räume für Kinder und Jugendliche, für Frauen- und Männergruppen, für Religionsunterricht und Sprachkurse, für soziale Beratung und nicht zuletzt auch für kulturelle Veranstaltungen. Letztere sind auch deshalb so wichtig, weil sie Möglichkeiten zur Öffnung der jüdischen Gemeinde bieten, zu Kontakten zwischen jüdischer Minderheit und nichtjüdischer Mehrheit in unseren Städten. Deshalb müssen Synagogen-Neubauten neben dem Gottesdienstraum auch ein Gemeindezentrum und einen großen Saal als Ort der Begegnung umfassen.

Neue Synagogen entstanden in den letzten fünfzehn Jahren in Recklinghausen und Duisburg, in Gelsenkirchen und in Bochum. Schauen wir uns diese Neubauten einmal der Reihe nach an.

## **Recklinghausen**

In Recklinghausen war es nach der Vereinigung mit Bochum und Herne am 18. Mai 1953 notwendig geworden, einen größeren Betsaal zu schaffen. Die Möglichkeit dazu bot das alte jüdische Gemeindehaus an der kleinen Stichstraße „Am Polizeipräsidium“. Die Gemeinde entschloss sich, das Obergeschoss des Gebäudes zu einer Synagoge auszubauen. Die Pläne lieferte der Recklinghäuser Architekt Karl Gerle, der in den folgenden auch Hagen, Minden, Paderborn und Bremen Synagogen baute. Die kleine, sehr intime Recklinghäuser Synagoge wurde im Jahr 1955 eingeweiht.

Vierzig Jahre später wurde der Beschluss für eine neue Synagoge mit Gemeindezentrum gefasst. Die Entwürfe für den Neubau, der das alte Gemeindehaus einbezieht, stammen von dem Münsteraner Architekten Nathan Schächter.

Der Haupteingang liegt im Westen. Die Eingangsfront wird durch drei vorgesetzte Rundbögen aus Metall gegliedert, von denen der mittlere den Davidsstern zeigt. Hinter dem Eingangstrakt befindet sich ein großer Festsaal, daran anschließend die eigentliche Synagoge. Die leitende Idee für den Gottesdienstraum ist der Bundesgedanke. Dafür steht die Chuppa, das tragbare Zelt, das auch bei einer jüdischen Hochzeitsfeier eingesetzt wird. Vier Stützen tragen ein Dach. Darunter sammeln sich die, die im Bund mit dem Gott Israels stehen. In der Mitte der Chuppa – zugleich Mitte des Raums – steht die Bima, das Lesepult. In der Mittelachse vor der Ostwand befindet sich der Aaron Kodesch, der Thoraschrein. Sein besonderer Stellenwert wird betont durch einen hohen Bogen, der den Schrein und die Tafeln des Bundes umfasst.

### **Duisburg**

In Duisburg treffen wir auf einen architektonisch viel beachteten Neubau. Hier wird der Typus schlichterer Zweckbauten, wie sie in den fünfziger und sechziger Jahren entstanden, überwunden zugunsten eines Stils, der auf jüdische Muster und Symbole zurückgreift.

„Im Frühjahr 1996 lobte die Jüdische Kultusgemeinde Mülheim-Duisburg-Oberhausen einen Architektenwettbewerb aus. Sieben international renommierte Architekten wurden als Teilnehmer eingeladen. Das Preisgericht entschied sich für den Entwurf des deutsch-israelischen Architekten Zvi Hecker. Die Bauarbeiten begannen im Frühjahr 1997.

Die Synagoge besticht durch die Metapher eines geöffneten Buches, die fünf Bücher Mose, in Stein umsetzt, und bildet in der Achse seines Mitteltraktes - wo sich das religiöse Zentrum befindet - eine gedachte Linie zum Standort der 1938 zerstörten Synagoge in der Junkernstraße. Und eine weitere Interpretation lässt sich unschwer erkennen: Die Metapher einer geöffneten Hand. Die Synagoge selbst bietet Platz für 220 Gläubige. Im Gemeindezentrum befinden sich Büro- und Klassenräume, Gemeinschaftsräume, ein Festsaal, eine Bibliothek sowie eine Doppelgroßküche, die der Kaschruth, also den jüdischen Speisevorschriften, gerecht wird.“ (Ludger Heid)

### **Gelsenkirchen**

Die neue Gelsenkirchener Synagoge, die ebenfalls durch starkes Anwachsen der Gemeindegliederzahl veranlasst wurde, konnte im Jahr 2007 am Platz der 1938 zerstörten alten Synagoge im Stadtzentrum errichtet werden. Hier fand also auch äußerlich sichtbar eine Rückkehr der Jüdischen Gemeinde in die Mitte statt.

Das Gemeindezentrum besteht aus zwei Gebäudekomplexen. Der erste ist zweigeschossig mit einem Gemeindesaal im Erdgeschoss und der Synagoge im Obergeschoss. Davor befindet sich ein Innenhof, der durch hohe Wand umgrenzt wird, die sich nach außen durch eine Fensterreihe öffnet. – Der zweite Gebäudekomplex ist ein viergeschossiger Trakt. Er bietet im Erdgeschoss Raum für Verwaltung und Küche, im ersten Obergeschoss für Gruppenräu-

me und die Bibliothek. Das zweite und dritte Obergeschoss sind mit vier Wohnungen ausgestattet, die durch ein unabhängiges Treppenhaus zugänglich sind.

Der Eingang zum Gemeindezentrum und zur Synagoge erfolgt an der schmalsten Stelle zwischen den beiden Gebäudekomplexen. Daran schließt sich das Foyer an, das ein Bindeglied zwischen den beiden Gebäudekomplexen bildet.

## **Bochum**

Das neue Gemeindezentrum ist ein Ensemble von drei Gebäuden. Die Besucher, die sich vom Erich-Mendel-Platz dem Gebäudekomplex nähern, gelangen über eine große Freitreppe zum Eingang mit Sicherheitsschleuse. Wer die Pforte passiert hat, gelangt in den offenen Eingangsbereich. Hier informiert künftig eine Rotunde über die Geschichte der jüdischen Gemeinden in Hattingen, Herne und Bochum, aber auch über den Hintergrund der Einwanderer, die heute zu mehr als 95 % die Gemeinde bilden. Daran schließen sich zur linken Seite die Jugendräume an, zur rechten die Wirtschaftsräume des koscheren Cafés, das öffentlich zugänglich und von der Terrasse aus zu betreten ist.

In den beiden Obergeschossen des mehrstöckig angelegten Eingangstraktes befinden sich Gruppenräume, Sitzungszimmer und die Büros der Verwaltung. Das 1. Obergeschoss hat eine zusätzliche, von außen nicht zugängliche Terrasse; sie wird vor allem den Kindern und den Senioren vorbehalten sein.

Eingeschossig sind das großzügige Foyer, der Gemeindesaal und die Synagoge. Sie bilden das Herz des ganzen Komplexes. Für die Synagoge hat der Architekt gestalterische Anleihen bei den Traditionen Israels in biblischer Zeit genommen: Das Stiftszelt aus der Zeit der Wüstenwanderung des Volkes Israel und der Tempel in Jerusalem waren für ihn die gestalterischen Leitbilder. Der Sakralbau mit seiner Würfelform orientiert sich am Tempel Salomos. Die Fenster zur Ostseite werden geschmückt mit den Namen der Zwölf Stämme Israels. Die drei Außenwände im Norden, Osten und Süden sind durchbrochen von Lichtpunkten, die zusammen einen Fries von Davidsternen ergeben. Wenn aus diesem Band in der Mitte des Mauerwerks bei Dunkelheit Licht nach außen dringt, scheint der obere Teil des monumentalen Kubus zu schweben. Ebenso gibt im Innern dieser Fries bei Tageslicht der Decke des in sich ruhenden Baukörpers eine gewisse Leichtigkeit. Die gesamte Anlage ist außen verblendet mit einem Naturstein aus Israel.

Für das Innere des Synagogenraums hat der Architekt auf das Motiv des Stiftszelts zurückgegriffen und eine zeltartige Kuppel entwickelt. Sie ist einerseits das Symbol für existentielle Bedrohung und Auswanderung, die viele Mitglieder der heutigen jüdischen Gemeinde erleben mussten. Zugleich ist aber die goldfarbene Kuppel, die sich wie ein bergender Schirm über die Gemeinde spannt, das Zeichen der göttlichen Nähe und der Geborgenheit.

## **Gegenwärtige Situation**

Die neuen Synagogen im Ruhrgebiet sind außerordentlich wichtige Schritte auf dem erneuten Weg der Jüdischen Gemeinden in die Mitte der Gesellschaft. Befragt, welche Auswirkungen der Neubau der Synagoge auf das Gemeindeleben hatte, antwortet die Judith Neuwald-Tasbach, die Vorsitzende der Gelsenkirchener Gemeinde: „Wir sind damit von Null auf Hundert geschossen.“ Und erklärend fügt sie hinzu: Mit dem neuen Gemeindezentrum haben wir „die Chance auf eine Zukunft, in der sich die Menschen entfalten können, jüdisch leben und lernen können. Wenn wir im alten Haus geblieben wären, weiß ich nicht, ob sich das jüdische Leben überhaupt so weit entwickelt hätte, wie es das bis jetzt getan hat.“ – Der Recklinghäuser Vorsitzende Dr. Mark Gutkin äußert sich ähnlich positiv: „Wir können jetzt endlich wie eine normale Gemeinde arbeiten.“ Auch in Duisburg lautet die Antwort: Diese Synagoge „ist das Beste, was uns passieren konnte.“ Allerdings räumt Michael Rubinstein, der Verwaltungsleiter, auch ganz nüchtern ein, dass die Folgekosten – Bewirtschaftung und Bauunterhaltung – der Gemeinde zu schaffen machen. In Duisburg sind zum Beispiel die Heizkosten sehr hoch, weil das Gemeindezentrum viele große Glasflächen hat.

Die Kehrseite der Medaille ist aber, dass mit den Fenstern eben auch Öffnung signalisiert wird. Die Öffnung der Gemeinde in die Gesellschaft und die konstruktive Kooperation mit Kirchen, Schulen und Verbänden oder – soweit vorhanden – der Universität am Ort ist nicht nur in Duisburg erklärtes Ziel der Jüdischen Gemeinden. Das interreligiöse und interkulturelle Engagement hat dabei einen nicht zu unterschätzenden positiven Nebeneffekt: Die Zusammenarbeit ist ein sehr wichtiges „Arzneimittel“ gegen Antisemitismus. Die Öffnung für zahlreiche Führungen, Begegnungen mit anderen Religionen, Kulturen und Gesellschaften, bereitet den Boden für ein friedliches Miteinander und einen regen Austausch untereinander.

Ein höchst wichtiger Gesichtspunkt ist in diesem Zusammenhang auch die Lage der neuen Synagogen. Während sich die schlichten Bauten der fünfziger und sechziger Jahre meist in Wohnvierteln versteckten, sind die Neubauten bewusst an städtebaulich markanten und z.T. zentralen Punkten lokalisiert. In Duisburg hat sich das Gebiet des ehemaligen Innenhafens, das vor zwanzig Jahren noch eine hässliche Industriebrache war, zu einem Naherholungsziel im Ruhrgebiet gemausert. Das Jüdische Gemeindezentrum ist ein Blickfang geworden. Die umgebene Grünfläche verwandelt sich im Sommer in einen Ort des Verweilens, ist Anziehungspunkt für Sonnenanbeter und Picknickgesellschaften. Der häufig zitierte kulturelle „Kristallisationspunkt“, den das Gemeindezentrum bieten sollte und wollte, hat sich bewahrheitet. Theater, Schauspiel, Konzerte, Symposien locken Interessenten in den Gemeindesaal, nicht nur jüdische.

In Bochum erhebt sich die neue Synagoge direkt an einer der großen Einfallstraßen und zeigt deutlich jüdische Präsenz. In unmittelbarer Nachbarschaft des vielbesuchten Planetariums und im Übergangsbereich des Stadtparks sind hier immer Menschen unterwegs. Kaum einer geht achtlos an diesem Gebäudeensemble vorüber. Seit gestern steht auf dem Vorplatz der Synagoge, der den Namen des früheren jüdischen Kantors Erich Mendel trägt, eine Stele, die über Leben und Werk dieses Mannes informiert, der nach seiner erzwunge-

nen Emigration in den USA eine der weltweit größten Sammlungen synagogaler Musik aufgebaut hat.

Die jüdischen Einwanderer, die in den letzten zwanzig Jahren nach Deutschland gekommen sind, stellen unter der Migranten insgesamt nur eine relativ kleine Gruppe dar. Sie sind aber eine Gruppe mit überdurchschnittlichem Bildungsniveau und mit großen künstlerischen Potentialen. Leider ist die Integration dieser Menschen, die in ihren Heimatländern fast alle beruflich und gesellschaftlich erfolgreich waren, in den deutschen Arbeitsmarkt bei vielen dennoch nicht gelungen. Ihre Diplome und andere Berufsabschlüsse wurden nicht anerkannt. Aber hier fehlte es weniger an der fachlichen Qualifikation, als vielmehr an der mangelnden Aufmerksamkeit und Flexibilität unserer Gesellschaft.

Doch ein solches Verhalten der ortsansässigen Mehrheit gegenüber einer zugewanderten Minderheit ist ja – wie wir sahen – nicht neu. In der Geschichte des Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden in Deutschland, im Ruhrgebiet und in jeder unserer Städte – gab es neben den Phasen des gut nachbarschaftlichen Miteinanders solche der Benachteiligung und der Diskriminierung. Diese Tatsache dürfen wir nicht unter den Teppich kehren. Vielmehr gilt es daran zu erinnern, nicht um ein schlechtes Gewissen zu machen, sondern im Sinne eines Appell an unsere Verantwortung für ein friedliches Miteinander aller Menschen, unabhängig von ethnischer Herkunft, kultureller Prägung oder religiösem Bekenntnis. Dieser Aspekt ist angesichts einer immer wieder aufflackernden Fremdenfeindlichkeit und eines latent vorhandenen Rassismus leider nach wie vor von aktueller Bedeutung. Es gilt, vor dem Hintergrund der dunklen Kapitel unserer Geschichte und vor der finsternen Folie des ewig Gestrigen eine einladende und offene Gesellschaft zu gestalten. Die jüdischen Einwanderer sollen Mut und Selbstvertrauen gewinnen, um ihre Zukunft selbst zu gestalten. Die Chancen dafür stehen gut.